

Nachrichten - Kommentare - Rechtsinformationen - Analysen

## Hei - das war ein Wochenende: an zwei Tagen drei Mal Demo!



Von Rainer Thiel

Am Sonntag, 15. Januar, verließ ich mein Dorf in der Nähe des Spreewalds und fuhr nach Berlin-Friedrichsfelde zur Gedenkstätte der Sozialisten, zu Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Für mich ist das kein Ritual. Seitdem ich weiß, dass Rosa und Karl ermordet wurden, bin ich mit Wut geladen, und allmählich begriff ich, dass mit diesem Mord die Vorbereitung des Zweiten Weltkriegs begonnen wurde. Mit Rosa und Karl waren die Proletarier ihrer gründlichsten Denker beraubt worden. Wie in jedem Jahr am LL-Gedenk-Tag werden rote Fahnen zur Gedenkstätte getragen von Linken aller Schattierungen, bis hin zu linken Sozialdemokraten, das freut mich, ich sehe gern die roten Fahnen, ich wünsche nur, dass sich die Fahnenträger unseren zögernden Mitbürgern zuwenden.

Mit diesem Hintergedanken fuhr ich von Friedrichsfelde mit der U-Bahn zum Alexanderplatz, zum Neptunbrunnen. Dort versammelte sich Occupy, die Bewegung junger Leute, denen die Linken noch nichts von Rosa und Karl erzählt haben. Aber die jungen Leute sehen sich um ihre Perspektive betrogen durch dasselbe System, in dem die vielen Älteren ermordet worden sind, auf den Schlachtfeldern der Weltkriege und zwischen den beiden Kriegen. Den jungen Leuten – viele Studenten unter ihnen – geriet der Frust zur Wut der Empörten, endlich, endlich. Sie umzingeln Großbanken und Regierungsgebäude, für Stunden nur, aber zwischendurch gehen sie nicht

nach Hause, nein, von ihnen werden in Nähe der prekären Gebäude Zelte aufgeschlagen. Dort hatte ich sie schon mehrmals besucht. Den etablierten Parteien trauen sie nicht. Ich habe mich bescheiden vorgestellt, auf gleicher Augenhöhe, und nur angedeutet, dass ich mich in Bürgerinitiativen rühre. Das aber interessierte die jungen Leute, und so kam ich ins Erzählen. Nach einer Stunde fragte ich mich selber: Kann ich ihnen mein neuestes Buch anbieten? Der Titel heißt „Neugier, Liebe, Revolution“. Die ersten beiden Worte werden ihnen gefallen, dachte ich, doch das Wort „Revolution“? Ich wagte es, das Buch aus meinem Rucksack zu ziehen, und sie waren begeistert von allen drei Worten.

So war auch die Demo vom Neptunbrunnen ins Regierungsviertel, mit Zwischen-Halt und Offenem Mikro. In vielen Abwandlungen die Rufe „Menschenwürde, Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden“. Aber nicht nur so allgemein, sondern konkret: Zum Beispiel „Banken in die Schranken – Banken enteignen – Die Systemfrage stellen“. Zwischendurch auch Bezugnahme aufs sogenannte Grundgesetz, Artikel 1, 2, 14, 15, 20, denn dort heißt es: „Eigentum verpflichtet“. Und wenn der Staat sich nicht verpflichtet fühlt, die Würde des Menschen zu schützen und zum Wohle der Allgemeinheit die Enteignung von Großbanken ins Kalkül zu ziehen, dann ist die verfassungsmäßige Ordnung in Gefahr. Dann „haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist“. (GG

Artikel 20.4)

Eigentlich wollte ich mir Aufschriften von Transparenten und Stichworte von Redebeiträgen notieren, doch Steno kann ich nicht, meine Finger waren von Kälte klamm, und ständig traf ich Freunde, die sich mit mir freuten. Aber zwei Events kann ich erwähnen: Auf einem Transparent stand geschrieben: „Systemfrage stellen statt Sündenböcke nennen“. Ich hätte lieber geschrieben: „Sündenböcke nennen genügt nicht – Systemfrage stellen!!!“ Ich weiß ja, dass auf Demo's Sündenböcke angeprangert werden, doch das genügt nicht. Wir sollten bis zur Systemfrage vordringen. Das können wir doch lernen!

Mehrere Redner erwähnten die Rolle von Facebook in Ägypten. Ein Redner sagte, wenn es das Internet schon 1917 gegeben hätte, dann wäre der basisdemokratische Oktoberaufstand in Russland 1917 auch von Amerika wahrgenommen worden. Dann hätten sich die Entrechteten in der ganzen Welt ermutigt gefühlt. Während wir *Unter den Linden* Richtung Regierung zogen, wurde auch gerufen „Hoch die internationale Solidarität“. Diesen Ruf hatte ich zum ersten Mal bei den Weltfestspielen der Jugend und Studenten 1951 gehört. Mit anderen Worten wurde das auch bei Occupy ausgedrückt. Und nun nähern sich die Traditionslinien einander!!! „Wacht auf, Verdammte dieser Erde!!!“ Das ist auch die Idee von Occupy.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Bitte schicken Sie uns Ihre Meinungen und Kommentare. (kontakt@artikel-eins.com)

lesen +++ weitergeben +++ lesen +++ weitergeben +++ lesen +++ weitergeben

## Hei - das war ...

(Fortsetzung von Seite 1)

An der Demo nahmen etwa 2000 Personen teil. Leider wurde von der Sozialistischen Tageszeitung „Neues Deutschland“ die Zahl auf 700 reduziert. Warum macht man das? Vergleichbares habe ich schon oft erlebt. Freilich waren zur Gedenkstätte der Sozialisten ca. zwanzig Tausend gezogen, diese Demo hat Tradition seit Jahrzehnten. Doch die Zahl der Polizeiautos, von denen Occupy begleitet wurde, war größer als deren Zahl bei den roten Fahnen. Occupy wollte ja auch über den „Platz der Republik“ im Regierungsviertel ziehen. Auf den „Platz der Republik“ durften wir aber nicht. Dieser Platz ist ja nicht dem Volke gewidmet. Den Polizisten wird das von uns nicht angelastet, wir vermieden ebenso wie sie die engere Berührung. Versehentlich stürzte ich einem Polizisten in die Arme, weil ich an einem Bordstein gestolpert war. Da haben wir beide gemeinsam gelacht. Und zum Abschied sagte ich einem Polizisten „Tschüs“, das wurde von ihm freundlich erwidert.

Nun lief ich zum nahen Hauptbahnhof. Dort aber – in der Bahnhofshalle – hiel-

ten Occupy eine Bürgerversammlung ab, eine Assembla. Dazu nahmen sie mit ihren Hintern Platz, ca. 40 Leute auf ca. 60 Quadratmetern in der weiten Halle, in respektvollem Abstand Bahn- und Polizeibeamte. Sie waren unschlüssig, ob eine Spontandemo in einem öffentlichen Gebäude legal sei. Also habe ich darauf verwiesen, dass seit vorigem Jahr eine Spontandemo auch in einem öffentlichen Gebäude zulässig ist, höchststrichterlich entschieden. Die Polizisten beriefen sich dagegen auf die ältere Regelung. Aber wir konnten – beiderseits freundlich – darüber Gedanken austauschen. So verging die Zeit, und die Bürgerberatung von Occupy ging weiter.

Nach einer halben Stunde rückten von draußen viele Polizisten in den Bahnhof ein. Vorsichtig umstellten sie die Assembla. Nach fünf Minuten berührte mich ein Polizist sanft an der Schulter. Trotzdem sagte ich ihm: „Ich fasse Sie doch auch nicht an.“ Plötzlich aber ging es los, etwa zehn Polizisten sprangen in die Bürgerversammlung und griffen sich junge Frauen, die sich von der Sitz- in die Liege- Lage begaben, je zwei Mann schleppten junge Frauen nach draußen zu den Polizeiautos. Freunde aus der Sozialen Bewegung Land

Brandenburg hatten gesehen, dass dabei auch der Mund-Nase-Griff angewendet wurde. Leider war ich nicht darauf eingestellt, dass die Greifflustigen ebenso plötzlich wie ungeordnet vorgehen würden, sonst hätte ich ihnen meine offenen Hände entgegen gestreckt mit dem Ruf „Keine Gewalt, keine Gewalt!“ Das war schon manchmal gelungen, von Polizisten auch respektiert. Jetzt aber ärgerte mich eine weitere Panne: Die Occupy hatten ja überhaupt gar keine Demo abgehalten. Sie hatten eine **Bürgerberatung** abgehalten, und diese wurde von einigen Polizisten gewaltsam angegriffen. Nachdem der Überfall vorbei war, sprach ich mit einem Polizisten. Der gab mir recht: Es war eine **Bürgerberatung**.

Am folgenden Tag war ich wieder in Berlin, zur Unabhängigen Montagsdemo am Fernsehturm. Doch zum Bericht möchte ich einen neuen Anlauf nehmen. Mein Freund Hans Haase – Inspirator der Unabhängigen Montagsdemo UMOD vorm Fernsehturm – hatte die Kundgebung am Neptunbrunnen eröffnet, mit Respekt und Dank an die Occupy-Freunde. Immer häufiger besuchen wir uns gegenseitig. ([www.rainer-thiel.de](http://www.rainer-thiel.de))

## Berliner Sozialgericht versinkt im Hartz-IV-Chaos

Von (ag) aus [www.gegen-hartz.de](http://www.gegen-hartz.de)

Im größten deutschen Sozialgericht hält die Klageflut weiterhin an. Die Präsidentin des Berliner Sozialgerichts, Sabine Schudoma, erklärt, dass noch im Januar die 150.000. Hartz-IV-Klage seit Inkrafttreten des Arbeitsmarktgesetzes vor sieben Jahren eingehen werde.

Bei der Vorstellung der Jahresbilanz 2011 wies die Gerichtspräsidentin daraufhin hin, dass die Zahl der eingereichten Verfahren (43.832) zwar fast identisch mit der Zahl im Vorjahr wäre (2010 43.951), der Berg an unerledigt Verfahren aber dennoch weiter wachse. „Das bringt uns an die Grenze der Belastbarkeit“, so Schudoma während der Vorstellung der Jahresbilanz. „In-

zwischen sind es schon mehr als 40.000 offene Verfahren.“ Hauptsächlich handele es sich um Hartz IV-Fälle. Im Vergleich zum Jahr 2005 habe das Sozialgericht seine Richterstellen aus gegebenem Anlass mehr als verdoppelt - von 55 auf 127 Stellen. Schudoma weiter: „Dennoch müssten wir das Sozialgericht ein Jahr schließen, um diesen Berg abarbeiten zu können.“

Etwa 70 Prozent aller eingehenden Klagen am Sozialgericht betreffen Hartz IV-Fälle. Die Gerichtspräsidentin über- rascht dies nicht: „Unzählige Änderungsgesetze und die große Hartz-IV-Reform vom Januar letzten Jahres haben nichts geändert. Die Hartz-IV-Klageflut trifft uns weiterhin mit voller Wucht.“

Das Gericht hielt im Jahr 2005 6950 Einwände. Bis 2008 steigerte sich die Zahl tatsächlich auf 21.510 Fälle. Der Höchststand von 2010 mit 31.776 Verfahren wurde im vergangenen Jahr mit 30.735 jedoch nicht erreicht. Schudoma erläutert, dass dies zwar ein leichter Rückgang sei, aber noch keine Trendwende einläute. Die Situation bleibe für das Sozialgericht schwierig.

Schudoma berichtet weiter, dass man trotz der großen Anzahl nicht von einer Klage- wut sprechen könne: „Kein Kläger bläst zum Angriff auf das Sozialsystem.“ Immerhin seien 54 Prozent der beim Sozialgericht eingehenden Klagen bezüglich Hartz-IV-Leistungen mindestens teilweise berechtigt gewesen. Die Erfolgsquote der Kläger sei in anderen Bundesländern nur ein



(Fortsetzung auf Seite 3)

## Berliner Sozialgericht ...

(Fortsetzung von Seite 2)

gutes Drittel. Auch die Bearbeitungszeit der Verfahren sei in Berlin geringer. Schudoma berichtet von durchschnittlich knapp zehn Monaten, was bundesweit dem Spitzenplatz bei der Verfahrensdauer entspreche. Wenn es „um das Abwenden einer akuten Notlage“ gehe, würden entsprechenden Eilverfahren innerhalb eines Monats erledigt.

Da die Jobcenter in Berlin immer noch mit einer Tabelle zur Berechnung der Wohnkosten agieren müssen, die bereits im Oktober 2010 vom Bundessozialgericht als rechtswidrig eingestuft wurde, betreffe der Großteil der Klagen von Hartz-IV-Empfängern die Kosten der Wohnung, berichtet Schudoma. Die Gerichtspräsidentin setzt große Hoffnung in den neuen Senat. Dieser müsse „nun transparente, sozial ausgewogene und praxistaugliche Mietgrenzwerte“ erstellen. Ein entsprechender Vorschlag des Berliner Sozialgerichts wurde bereits

eingereicht.

Viele der Klagen von Hartz IV-Betroffenen beziehen sich laut Schudoma auf die Nichteinhaltung gesetzlich festgeleg-



ter Bearbeitungsfristen, denn in den Jobcentern kämen die Mitarbeiter nicht mehr mit ihrer Arbeit hinterher. „Wir bekommen von den Jobcentern leider allzu oft die Antwort, dass es aufgrund von Personalmangel derzeit zu Verzögerungen komme“, sagt die Gerichts-

präsidentin. Als Folge davon wenden sich betroffene Bürger, vertreten durch ihre Rechtsanwälte, direkt an die Gerichte. „Statt Rechtsfragen zu lösen, wird das Gericht zum Mahnbüro. Die Überforderung der Jobcenter führt zur Überlastung der Gerichte. Und die Zeche zahlt der Steuerbürger“, erklärt Schudoma.

Generell müssten die Jobcenter die Gerichte mehr entlasten. Als Beispiel führt die Präsidentin des Berliner Sozialgerichts die Widerspruchsverfahren an, bei denen dem Bürger die Möglichkeit gegeben werde, direkt beim Jobcenter gegen eine seiner Meinung nach falsche Entscheidung vorzugehen. Widerspruchsverfahren gehen einem Gerichtsverfahren zwingend voraus. Jedoch berichtet Schudoma, dass diese Verfahren häufig nur pro forma, ohne eine Klärung abliefern: „Viele Klagen wären vermeidbar, wenn Betroffene und Behörden bereits während des Widerspruchverfahrens ein klärendes Gespräch führen würden. Doch viel zu oft sitzt man erst im Gerichtssaal an einem Tisch.“ (ag)

## Eine neue Wette

### 400 Infostände der LINKEN am 3. März. Schaffen wir das ?

Für die Linke war 2011 ein schwieriges Jahr. Nein, besser gesagt: Ein schlechtes Jahr. Verluste bei Wahlen, Mitglieder-Rückgang, deprimierender Streit in den Führungsetagen, Rückzug der Basis. Gregor Gysi hat das im Interview mit dem ND so ausgedrückt: „Wir sind nicht mehr die Kümmerer-Partei, wie wir es mal waren... Neue Mitglieder gewinnen, die sich vor Ort um die Alltagsprobleme der Menschen kümmern. Man darf das jedenfalls nicht für unwichtig halten.“ Aber auch andere Genossen haben beklagt, daß die LINKE vielerorts keine Rolle mehr spielt...

Aber das kann man natürlich auch ändern. Wir sollten das **gemeinsam** ändern. Und da kommt es gut, sehr gut, daß mich meine bekannte Wettpartnerin, die „Unternehmerin mit dem linken Herzen“ (die in ihrer Jugend mal Mitglied unserer SDAJ war) auf die Turbulenzen in der Linkspartei angesprochen hat. Etwa so: „Na Klaus, deine Linke geht wohl auch den Bach run-

ter...“ – „Wieso?“ – „Ja, man sieht und hört von ihr ja nichts mehr. Nur noch Streit...“ – „Ach, das wird sich ändern...“ – „Ja wie denn? Was willst Du denn da machen?“

# DIE LINKE.

Herausgekommen ist eine neue Wette. Ich hab' mit ihr gewettet, daß es mir gelingt, am **Samstag, 3. März** bundesweit mindestens 400 Infostände oder andere öffentlich-wirksame Aktionen der LINKEN zu mobilisieren. Sie hat schallend gelacht. Aber dann die Zusage: Wenn ich die Aktion hinkriege – berappt sie für jeden Infostand vier Euro für die Aktion „Milch für Kubas Kinder“- (Sie möchte aber von jedem Infostand ein Foto, immer verbunden mit dem Namen der Stadt). Sollte ich

verlieren (hoffe ich natürlich nicht!) muss ich zwei Euro für den gleichen Zweck spenden.



Ehrlich gesagt: Stunden nach Abschluss der Wette habe ich tüchtig geschluckt. 400 Infostände – ist das überhaupt zu schaffen? Doch dann habe ich nachgerechnet: 400 Aktionen und wir haben 16 Landesverbände – das bedeutet: In jedem Landesverband 25 Infostände. Das ist doch machbar - oder?

Und: Der 3. März ist ja noch weit. Aber die Vorbereitungen für den Infostand oder die Aktion sollten möglichst bald schon beginnen. Schön wäre auch, wenn ihr mich mit Ideen, Zusagen oder Vorbereitungen auf dem Laufenden halten würdet (JannRORE@t-online.de). Und weitere Einzelheiten findet ihr natürlich auf unserer Homepage:

[www.linksdemokraten.de](http://www.linksdemokraten.de)

**Auf geht's – Euer Klaus H. Jann**

# Zu „Mein Land Deutschland - unsere Zukunft?“

Von Michael Stade

Dieser Artikel der vorherigen Ausgabe ist geprägt von nationalsozialistischem Gedankengut. Wer das nicht glauben will, der sollte mal auf [http://www.dewion24.de/?page\\_id=3673](http://www.dewion24.de/?page_id=3673) klicken und dort dann weiter auf „Deutsche Geschichte“ rechts unter Kategorien. Das Gefährliche dieser Seite ist, dass nicht „NPD“ oder „Deutsche Stimme“ darüber steht, sondern man schon die Texte lesen und verstehen muss, um es zu begreifen. Auch liegt die Problematik dieser Seite nicht etwa in sachlich falschen Informationen, sondern in deren aus historischen Realitäten herausgerissener Darstellung.

Ich möchte hier auch nicht kritisieren, dass in „Artikel Eins“ für eine derartige Meinung ein Podium geboten wird (wie es üblicherweise in unserem Land geschieht), sondern meine Kritik geht dahin, dass hier keine sachliche Kritik diesem Artikel gegenüber gesetzt ist, was ich hiermit nun tun möchte.

Der Knackpunkt, an welchem das ganze nationalsozialistische Gedankengebäude ansetzt, ist der Irrtum, dass Eigenschaften, die mit ethnischen Merkmalen assoziiert werden, als von dieser ethnischen Zugehörigkeit verursacht angesehen werden. Mit anderen Worten, wenn man feststellt, „der Pole“ wäre faul, dass man daraus den Schluss zieht, polnische Abstammung würde Faulheit verursachen. Dabei kann es in einer konkreten historischen Situation durchaus real eine polnische Bevölkerung existieren, die man als faul bezeichnen könnte. Auch in dem Dorf Alperstedt nahe Erfurt/Stotternheim gibt es eine ganze Anzahl Polen, die in einem riesigen Gewächshaus Tomaten ziehen (meine Tochter arbeitet da). Allerdings fällt es dort schwer, Deutsche zu finden, die den dort arbeitenden Polen an Fleiß das Wasser reichen könnten. Übrigens gibt es auch eine Ursache für die bisweilen immer noch zitierte polnische Faulheit. Die habe ich in einem schlesischen Heimatbuch beschrieben gefunden. Während die damaligen polnischen Verhältnisse von feudalen Fronarbeitsverhältnissen geprägt waren, führte der „Alte Fritz“,

nicht zuletzt um seine Eroberung zu stabilisieren, in dortigen deutschen Gemeinden das Magdeburger Recht ein, um sie attraktiv für deutsche Zuwanderung zu machen. Dadurch wurden die Leute selbst an den Ergebnissen beteiligt, konnten sich eigenen Reichtum erwerben im Gegensatz zu ihren polnischen Nachbarn. Das war der Hintergrund, vor welchem dann vom „fleißigen Deutschtum“ gefaselt wurde. Genauso hätte meine Tochter heute Grund, vom „fleißigen Polentum“ zu faseln. Was wir uns aber endlich klar machen müssen, ist die Tatsache, dass zwar einerseits bestimmte Eigenschaften typisch für bestimmte ethnische Zugehörigkeiten sein können, andererseits aber diese Eigenschaften in keiner Weise von der ethnischen Abstammung (Erbgut) verursacht werden, sondern von gesellschaftlichen Verhältnissen.

Herr Birkner bedient eine ganze Anzahl solcher Klischees: „Die deutsche Mentalität kann man am schnellsten so beschreiben: zielstrebig, einfallsreich, erfinderisch, sparsam, stolz ... usw.! Ja, erfinderisch! Deutsche Erfindungen sind heute fast an jedem Ort auf der Welt zu finden. ...“ Auch hier besteht das Problem nicht darin, dass bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse tatsächlich ein für Erfindungen günstiges Klima hervorgebracht haben, sondern dass suggeriert wird, dies sei von „deutscher Abstammung“ verursacht. Es hat eben keine genetischen Ursachen!

Jeder Werbefachmann weiß, wie gut man Menschen für seine Ziele vereinnahmen kann, indem man an ihr Selbstwertgefühl appelliert – ich kaufe dieses Produkt „weil ich es mir wert bin“. Genau das war das Rezept, nach dem die Nazis verfahren sind und heute noch verfahren. Sie animieren die Menschen, auf ihre ethnische Herkunft stolz zu sein, nicht auf das, was sie (selbst) tatsächlich geleistet haben, sondern auf das, was angeblich aus „deutschem“ genetischem Erbgut abzuleitende positive Eigenschaften seien.

Es ist dieser billige Werbetrick, mit dem sich damals das beinahe gesamte deutsche Volk über den Tisch hat ziehen lassen, um sich für die Ziele der Nazis

vor den Karren spannen zu lassen. Für diese Lüge haben unsere Vorfahren Massensterben verübt und zu großen Teilen trotzdem zu einer Regierung gestanden, obwohl sie solche Verbrechen in bis dahin nicht gekanntem Ausmaß zu ihrem Programm gemacht hatte.



Weil aber auch Herr Birkner heute auch noch diesem billigen Werbetrick aufsitzt, deswegen kommt er zu dem Schluss, dass „uns die meisten Erfindungen und Patente gestohlen wurden. Gestohlen von den USA! Über 255.000 Erfindungen und Patente wurden von den USA verbrecherisch entwendet!“

War es nicht vielmehr so, dass Hitlers rassistische Politik große Teile der deutschen Intelligenz in die Emigration getrieben haben, wie etwa Albert Einstein und diese dann ihre Erfindungen dem Land zur Verfügung gestellt haben, welches sie aufgenommen hatte? Waren es nicht die Deutschen, die Hitler gewählt hatten, die damit nicht nur Juden, sondern auch deutsche Patente aus ihrem Land vertrieben hatten?

Indem aber Herr Birkner nicht die historischen Fakten, sondern eine höherwertige deutsche Abstammung unterstellt, kommt er zu der Überzeugung, dass „uns“, also den „erfinderischen Deutschen“, von den USA Patente gestohlen wurden. Sicher gibt es auch Industriespionage und da sind unsere deutschen Konzerne genau wie ihre amerikanischen Kollegen nicht immer korrekt, um es vorsichtig auszudrücken. Das ist es aber nicht, was Herr Birkner thematisiert. Bei ihm wird emotional das Gefühl suggeriert, dass das „Deutsche Volk“ von den USA bzw. anderen Ländern ausgebeutet wird, seiner abstammungsmäßig zukommenden Früchte beraubt wird. So bestätigt sich die Feststellung von Herr Birkner anders, als er selbst vermutet. „Solange keine wirkliche und richtige Aufarbeitung der Geschichte erfolgt ist, werden wir keine echte Chance für eine gute Zukunft haben. Nimmt man einem Volk die wahre Vergangenheit, dann sieht die Zukunft düster aus.“ Denn er selbst verdreht in seinem Artikel die Wahrheit, bedient das Klischee des vom Ausland ausgebeuteten Deutschen, an welches Hitler anknüpfte „Deutscher,

(Fortsetzung auf Seite 5)

## Zu „Mein Land ...

(Fortsetzung von Seite 4)

wehre dich“, mit dem sich die Deutschen hinreißen ließen, zweimal hintereinander verbrecherische Kriege vom Zaun zu brechen und unfassbare Verbrechen aus rassistischen Gründen nicht infrage zu stellen bzw. sogar aktiv zu verüben. Ich bin davon überzeugt, dass Herr Birkner mit dieser Gesinnung durchaus nicht allein ist, sondern unterschwellig ist das Klischee einer „deutschen Höherwertigkeit“ durchaus in unserer Gesellschaft verbreitet, möglicherweise sogar in Joschka Fischer, sofern das Zitat zutreffend sein sollte.

Auch dies hat Ursachen genauso wie katastrophale Folgen, indem auch wir uns zu Mittätern an neuen historischen Verbrechen machen. Eine wesentliche Ursache ist die 500jährige Ära des Kolonialismus, welcher von Europa ausging und anderen Völkern, insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent, nachhaltige Schäden zugefügt hat. Diese Schäden haben dazu geführt, dass auch nachdem diese Staaten das koloniale Joch scheinbar abgeschüttelt hatten, sie es nicht schaffen konnten, ihre ökonomische Abhängigkeit von ihren ehemaligen Kolonialherren ebenfalls abzuschütteln. So hatten nur solche nationalen Führer dauerhaft eine Chance, die sich vom internationalen Kapital korrumpieren ließen und damit die Ausbeutung durch die ehemaligen Kolonialmächte bis zum heutigen Tag fortsetzten. Mit welchem Recht akzeptieren wir heute, dass in vielen Ländern Produkte mit Monatslöhnen unter 100 Euro oder gar durch Kinderarbeit unter Bedingungen, die die Gesundheit ruinieren, hergestellt werden, die wir kaufen, weil sie in unseren Supermärkten verramscht werden? Machen wir uns nicht der Hehlerei schuldig, indem wir diese Produkte kaufen, die durch neokoloniale Strukturen diesen Völkern gestohlen werden?

Es liegt mir fern, hier moralisch den Zeigefinger zu heben, denn auch ich kaufe Kaffee, wenn er für 3,50 Euro im Angebot ist und ich weiß auch, dass man mit Hartz IV oder als Aufstocker nicht die Freiheit hat, solche Angebote auszuschlagen. Aber vielleicht bekommt die Hälfte eines Dorfes, bei welchem eine Kaffee-Großplantage neu angelegt wird, dadurch einen, wenn auch schlecht

bezahlten Job. Dafür werden die Einwohner mit mehr oder weniger Druck gezwungen, ihr Land zu verkaufen, vielleicht sogar für einen verlockenden Preis. Aber wenn dieses Geld dann ausgegeben ist, dann hat die Hälfte, die keine Arbeit auf der Plantage bekommen hat, keine Existenz mehr. Und leider kann dort für die 5 Euro Tageslohn, welche die Geschäftspartner, von denen wir Kaffee beziehen, vielleicht zahlen, auch kein soziales Netz installiert werden. So schlagen sich die restlichen Familien dann elend durch, manche kratzen alle Ersparnisse zusammen, um einem Sohn die Flucht zu ermöglichen, damit er von Europa aus die Familie in Afrika am Leben erhält.



Und jetzt kommen die brutalen Folgen der Nazi-Ideologie, welche sich aus der Lüge einer, wie auch immer begründeten „deutschen Höherwertigkeit“ speist, wie sie von Leuten wie Herrn Birkner immer wieder in unserer Gesellschaft repetiert wird. Das Gift dieser Lügen ist so angenehm für unser Gewissen, dass ja tatsächlich die Deutschen hart arbeiten und viel erfinden, und dass ja tatsächlich die Leute, die in Afrika von ihrer Existenz gedrängt wurden, dort faul und bettelnd herumsitzen, sich ja gar nicht mehr ernsthaft um Arbeit bemühen. Man sieht das ja auch an den Asylbewerbern, die hier in den freilich nicht gerade komfortablen Heimen bis Mittag im Bett liegen. Das ist Realität, aber eben nicht aus ethnisch vererbter Faulheit, sondern wegen deutscher Gesetze, die es jedem Asylbewerber im ersten Jahr grundsätzlich verbieten, eine Arbeit aufzunehmen und dann nur, wenn erstens ein Deutscher, zweitens ein EU-Bürger und drittens ein Ausländer mit Aufenthalt die Arbeitsstelle, die eventuell ein Asylbewerber gefunden hat, und die er verpflichtet ist, dem Arbeitsamt zu melden und die daraufhin dort einen Monat den privilegierten Arbeitssuchenden angeboten werden

muss diese Arbeit ihm nicht weggeschnappt haben. Dazu muss man noch wissen, dass kaum Arbeitgeber einen Monat lang warten können und die Stelle dann immer noch offen halten, sondern Asylsuchende durch die Residenzpflicht auch noch auf den Landkreis beschränkt sind, also vielleicht in der nächsten Stadt gar nicht nach Arbeit suchen dürfen. Das ist deutsches Gesetz genauso wie das Asylbewerberleistungsgesetz, dass zwecks Deportation Menschen einfach in Gefängnisse gesteckt werden können, ohne jemals eine Straftat begangen zu haben – Gesetze, die in krassen Widerspruch zu Grundgesetz (auch Artikel Eins) stehen!

Man kann es dem internationalen Kapital und den von diesem beeinflussten Politikern vorwerfen, dass sie uns über diese Tatsachen nicht aufklären, dass sie wochenlang in den Medien über ein Schiffsunglück berichten, bei welchem vielleicht 32 Tote zu beklagen sind und die jährlich über 1000 oder 2000 oder noch mehr Toten verheimlichen, die in ihren Flüchtlingsbooten von FRONTEX am Erreichen der europäischen Küste gehindert und mit unseren Steuergeldern in den Tod getrieben werden. Man kann es den Medien vorwerfen, dass sie einen Präsidenten Wulf wegen lächerlicher Vorteilsnahme (lächerlich im Vergleich zu den Menschenrechtsverletzungen, die andere in Politik und Behörden betreiben) wochenlang wie eine Sau durchs Dorf treiben, um ihre vermeintliche Unabhängigkeit vorzuführen und dafür Zustände in Dessau verschweigen, die einer Einladung an jeden Mordlüsternen gleichkommen, doch bei der Polizei einzutreten, weil man dort solche Gelüste ungestraft ausleben darf (Fall Oury Jalloh). Glückwunsch, unserem System ist es gelungen, uns zu belügen und Leute wie Herrn Birkner dahin zu bringen, der NPD Argumente zu liefern.

Aber ich finde, wir sollten diese Mechanismen durchschauen und endlich Asylsuchenden und anderen Migranten die Solidarität zukommen lassen, die sie verdienen, statt uns selbstgefällig als vermeintliche Herrenmenschen belügen zu lassen. Nur die internationale Solidarität kann eine Verbesserung auch unserer Zustände erreichen, rassistischer Hass wird uns in neue Katastrophen stürzen. Aber noch haben wir ein Recht auf Meinungsäußerung und wir sollten zu diesen Lügen nicht schweigen!

# Das Kapital startet weiteren Angriff auf die Sozialsysteme

Von Robert Herrlich

Der Bundesverband der Arbeitgeberverbände (BDA) hat erneut die Jagd auf unsere Sozialsysteme eröffnet. Das Mitglied der Hauptgeschäftsführung des BDA, Alexander Gunkel, startete kürzlich einen weiteren Angriff auf die gesetzliche Rentenversicherung.

Die aktuell gültige Regelung, nach der Arbeitnehmer nach 45 Beitragsjahren



„schon“ mit 65 Jahren Altersrente bekommen können, hält Gunkel für falsch, weil dies immer noch jeden vierten Arbeitnehmer betreffe. Auch das Renteneintrittsalter mit 67 Jahren sei überdenkenswert, was wohl das nächste Ziel der Arbeitgeberverbände, nämlich die Rente mit 70 beschreibt. Über die aktuelle Ausnahmeregelung bei 45 Beitragsjahren kann ein Bundestagsabgeordneter nur müde lächeln. Er erwirbt bereits nach ein paar Jahren einen Versorgungsanspruch, den ein Durchschnittsverdiener in seinem ganzen Arbeitsleben nicht erreicht. Solange aber die Entscheider (Abgeordneten) nicht zu Betroffenen gemacht werden, wird sich auch nichts ändern.

Während in diesen Tagen zu lesen war, dass sich die Top-Manager in unserem Land in den letzten Jahren bisher ungewöhnlich hohe Summen für ihre Altersversorgung zugebilligt haben, sprechen die Handlanger dieser oberen Zehntausend gegenüber der Bevölkerung von der Notwendigkeit, Sozialleistungen zu kürzen oder zu streichen.

Dieser Staat wird immer asozialer. In kaum einem anderen hoch entwickelten Industriestaat (außer den USA) wurden die Sozialleistungen der Bevölkerung dermaßen heruntergefahren, wie in Deutschland. In der Schweiz gilt –

wie auch in einigen anderen Ländern – das sogenannte Einwohner-Versicherungsprinzip. Das bedeutet, dass alle Einwohner – also auch der Bankvorstand mit mehreren Millionen Franken Gehalt im Jahr – einen gleichen Prozentsatz in die staatliche Altersvorsorge einzahlen und dies – man horche auf! – ohne Beitragsbemessungsgrenze. Dieses Prinzip ist krisenfest und auch demografiefest, weil es sich praktisch an den volkswirtschaftlichen Gesamteinnahmen orientiert und nicht nur an den Einkommen der Arbeitnehmer. Einge führt in Deutschland würde dies eine sofortige massive Senkung des Beitragsatzes in der Rentenversicherung zur Folge haben und alle permanent wiederholten Mythen in das Reich der Sagen schicken. Denn das Volkseinkommen in Deutschland war noch nie so hoch wie derzeit. Leider ist es nur falsch verteilt. Während die Gewinne aus Unternehmen und die Einnahmen aus Kapitaleinkünften stetig nach oben zeigen, erlitt der deutsche Arbeitnehmer in den letzten Jahren – im Gegensatz zu seinem Kollegen in den anderen europäischen Ländern – einen Reallohnverlust und der Lohnanteil am Volkseinkommen sinkt ständig. Außerdem ist das Lohndumpingmodell zur Sicherung des Standorts Deutschland nur auf den ersten Blick erfolgreich gewesen. Die Folgen erleben wir gerade: Unsere Außenhandelsüberschüsse sind die Außenhandelsdefizite der anderen. Nun übernimmt der Steuerzahler die Kosten dieser verfehlten Politik, während die Superreichen ihre Gewinne bereits im Ausland platziert haben. Und auch die Schwarzgeldbesitzer werden mithilfe unserer Wirtschaftsregierung in Berlin bei der Verschiebung dieser Gelder in die Schweiz unbehelligt bleiben. Einführung des Schweizer Renten-Systems? Gott und das Bundesverfassungsgericht möge uns davor bewahren! Ent-eignung, und was sonst auch immer, würden die Reichen schreien und die Politiker fassen das Thema vor lauter Angst erst gar nicht an.

Der Gipfel der Unverschämtheit stellt nun die Forderung von Herrn Gunkel dar, Hinterbliebenenrenten nicht mehr an arbeitsfähige Hinterbliebene zu zahlen. Unter der relativ harmlos klingenden

Überschrift: „Arbeitgeber wollen Witwen-Rente kürzen!“ zitiert die „BILD“ Herr Gunkel so: Die sogenannte „Hinterbliebenen-versorgung“ sei „eine Fürsorgeleistung und sollte nur an Angehörige ausgezahlt werden, die nicht selbst für sich sorgen können“. Dies ist aber nicht die Ankündigung einer Rentenkürzung, sondern die Ankündigung der kompletten Streichung einer Versicherungsleistung! Selbst der VdK-Verband fällt auf diesen Terminus herein und wendet sich gegen eine Kürzung (!) der Witwenrenten, weil die Frauen ja ohnehin im Durchschnitt 23 Prozent weniger Lohn als Männer erhielten, die Arbeitsmarktchancen für über 45jährige nach wie vor schlecht wären und dies alles zu einer Verschärfung der Altersarmut führte.

Nun ist es also raus: Die Kapitalisten und ihre Helfershelfer im BDA wollen eine neue Kohorte verarmter Hartz-IV-Empfänger schaffen und die Serie des sozialen Kahlschlags fortsetzen. Es gibt aus Sicht der Wirtschaftsmanager offenbar noch nicht genug Armut und Verzweiflung unter den Menschen in Deutschland. So wurde mir aus einem Treffen hochrangiger Parteivertreter der FDP berichtet, dass man sich wundere, dass es immer noch so ruhig in Deutschland sei. Wie wahr, wie wahr! Allerdings zeigt die Erfahrung aus den USA, dass Armut sprachlos macht. Die Menschen sind nach einiger Zeit nicht mehr in der Lage, aufzubegehren. Sie haben oft keine Kraft mehr, sich zu wehren.

Wieder einmal mehr wird die Lebensplanung vieler Menschen in Deutschland zerstört. Nach dem Tod des Partners erfolgt unmittelbar der Absturz in die Armut. Die gemeinsame Wohnung oder das Eigenheim ist Vergangenheit. Denn auch vorhandene Zusatzversorgungssysteme treten nur dann ein, wenn gleichzeitig eine gesetzliche Rente gezahlt wird. Übrig bleiben ca. 50 qm Wohnraum und die bereits vielen Hartz-IV-Bezieher bekannte Grund-sicherung.

Nun möge niemand denken, die Arbeitgeber sorgten sich um den Fortbestand der gesetzlichen Rentenversicherung! Weit gefehlt: Es geht ihnen – wie könnte es auch anders sein – wieder einmal

(Fortsetzung auf Seite 7)

## Das Kapital startet ...

(Fortsetzung von Seite 6)

um die Sicherung und den Ausbau der Unternehmerrgewinne. Zwar wirkten sich die oben angesprochenen Leistungsverflechterungen allenfalls mit einem Bruchteil eines Euro-Cents auf die Arbeitsstunde aus, aber Kleinvieh macht ja bekanntlich auch Mist und zusammen gerechnet kommt trotzdem ein erkleckliches Sümmchen für unsere immer jammernden Unternehmer heraus. Und was man jetzt zusammen raffen kann, das will man auch haben.

Die Gier der Wirtschaftsbosse scheint, trotz der sich immer schneller drehenden Reichtumsuhr, unbegrenzt zu sein. Nach dem durch den Rentenbetrug im Zusammenhang mit der Riester-Rente und der damit verbundenen und folgenden Kürzungen der Rentenformeln ganze Generationen in Altersarmut gebracht werden, nach dem durch die Hartz-Gesetze Millionen von Menschen ihre Ersparnisse verloren und in Armut, Verzweiflung und Selbstmord getrieben wurden, reicht es immer noch nicht: Man muss noch der gesamten nachwachsenden Generation das gigantische Rentenkürzungsprogramm der „Rente mit 67/70 usw.“ aufdrucken. Und nun noch der Angriff auf die Hinterbliebenenversicherung.

Es ist müßig, darauf hinzuweisen, dass dies alles nur zu einem Teil mit der demografischen Entwicklung in unserem Lande zu tun hat, auch wenn dies immer wieder von den Kreisen behauptet wird, die allein ihren Profit im Auge haben. Egal, ob private Versicherungswirtschaft oder die Vertreter der Arbeitgeberverbände: Alle wollen mit ihren Lügen Kapital aus der Lage der Menschen in unserem Land schlagen. Leider haben diejenigen, die am meisten davon profitieren, auch die Meinungshoheit in unserem Lande. Journalisten schreiben oft ungeprüft diesen Unsinn ab und verteidigen damit noch die Wirtschaftslobbyisten in ihren Kommentaren und Politiker übernehmen oft Wort für Wort die Sprüche aus den neoliberalen Denkfabriken, wie z. B. „Mehr Netto vom Brutto“ oder – oh Schreck – : künftig müssen immer weniger Arbeitnehmer immer mehr Rentner finanzieren.

Nur die Wenigsten fragen nach, ob denn diese Behauptungen überhaupt stim-

men. Die Masse ist inzwischen durch die Berieselung der Verdummungsmaschinerien des Bertelmann-Konzerns (Privatfernsehen) und der Springer-Presse nicht mehr in der Lage, halbwegs intelligente Fragen zu stellen. Und die persönlichen Freundinnen von Frau Merkel, nämlich Frau Mohn vom Bertelmann-Konzern und Frau Springer, tun ihr Bestes, um die Bevölkerung ruhig zu halten.

Das Demografie-Problem in der Rentenversicherung, das in den nächsten zwanzig Jahren bewältigt werden muss, ließe sich durch eine minimale Beitragsanpassung bewältigen. Niemand aber hat die Arbeitnehmer gefragt, ob sie dafür bereit wären, monatlich einen kleinen Obolus mehr zu entrichten, um damit wie bisher die Rente mit 65 zu erhalten. Stattdessen werden die jungen Leute bedrängt, vier Prozent ihres Einkommens für eine zweifelhafte Konstruktion namens Riester-Rente aufzuwenden, die allein der Finanzwirtschaft Einnahmen in Milliardenhöhe beschert, den Menschen selbst aber im Rentenfalle ziemlich nutzlos ist. Die Steuerzahler haben inzwischen bereits 15 Milliarden Euro an Zuschüssen für die Riester-Rente berappen müssen. Geld, das fast vollständig in die Taschen der Finanzindustrie geflossen ist und den Turbo-Betrieb im Weltkasino nur noch beschleunigt. Die Regierungen und Parlamente, die das zu verantworten haben, haben schwere Schuld auf sich geladen.

Vor Einführung der Riester-Rente sprach ich mit dem damaligen Vorsitzenden des Sachverständigenrats der Bundesregierung, Bert Rürup, über die Ausgestaltung dieser auf Druck der privaten Versicherungswirtschaft zustande gekommenen Gesetze. Ich regte dabei an, zumindest auch die gesetzliche Rentenversicherung an dem Vorhaben zu beteiligen, damit nicht so viel Geld der Bürger und des Staates in den Taschen der Aktionäre verschwindet. Herr Rürup antwortete mir, dies sei zwar technisch und rechtlich möglich, aber die Politiker hätten sich für das private Modell entschieden.

Warum Politiker so handeln, liegt auf der Hand. Die Parteizentralen werden weitgehend mit den Großspenden aus Versicherungen, Banken und der Industrie finanziert. Aus der gesetzlichen Sozialversicherung fließen aus gesetzlichen Gründen (Gott sei Dank!) keine Gel-

der an die Parteien, ebenso aus satzungsrechtlichen Gründen nicht aus den Gewerkschaften. Diese Institutionen kann man als Politiker also getrost vergessen. Eine Menge Abgeordnete, vor allem der Union und der FDP, haben Funktionen in diversen Aufsichtsräten, Beiräten und was es sonst noch in der privaten Finanzwirtschaft gibt, übernommen und sind nicht mehr als neutrale Sachverwalter der Bürger zu bezeichnen. Als eines der wenigen westlichen Länder ist die Bestechung der Bundestagsabgeordneten in Deutschland nicht strafbar. Warum wohl? Auch ein Blick in die FDP-Bundestagsfraktion ist sehr aufschlussreich: Die



meisten Abgeordneten kommen aus dem Bereich der Finanzwirtschaft oder der Unternehmensberatungen. Von diesen Leuten ist wirklich nichts für die Menschen zu erwarten. Sie sind allein im Auftrage ihrer Unternehmen tätig, sorgen in ihrer politischen Funktion für eine weitere Gewinnmaximierung ihrer Branchen und sitzen praktisch als Versicherungsagenten im Parlament.

Die zu Recht als Splitterpartei verkommene FDP hat einzig und allein ihre Klientel, in deren Auftrag sie tätig ist, im Blick. Ihre neoliberalen Forderungen scheren sich einen Dreck um die Vorgaben des Grundgesetzes zur Sozialstaatlichkeit. Diese – Gott und den Vätern und Müttern des Grundgesetzes sei gedankt – mit Ewigkeitswirkung bestehenden verfassungsrechtlichen Vorgaben sind in den Köpfen der FDP-Leute nur sehr unterentwickelt zu entdecken. Dass eine sich christlich nennende Partei mit solchen Typen zusammenarbeitet, zeigt, dass das „C“ im Parteinamen der CDU eher ein Marketinginstrument, als eine zutreffende Bezeichnung ist.

Je mehr die Bande der geldgierigen Kapitalisten mithilfe willfähriger Politiker in Berlin durchsetzen kann, umso un-

(Fortsetzung auf Seite 8)

## Das Kapital startet ...

(Fortsetzung von Seite 7)

verschämter gehen ihre Forderungen zur Ausbeutung der Bürger und Umverteilung der Gelder nach oben weiter. Diesen Sozialautisten interessieren die Schicksale der Menschen in unserem Land überhaupt nicht mehr. Ihre Skrupel werden immer weniger, weil es niemand gibt, der sie in ihrem asozialen Treiben aufhält. Die gewissenlose Clique nimmt dabei bewusst in Kauf, dass unsere Sozialversicherung auch nur wegen minimaler Profitsteigerungen nachhaltig demontiert wird. Dabei geht sie im wahrsten Sinne des Wortes über Leichen. Zwar existiert keine amtliche Statistik über die Gründe der Selbsttötungen aus sozialer Hoffnungslosigkeit, aber viele Menschen kennen solche Fälle und hoffen, dass es sie selbst nicht treffen wird.

Früher gab es einmal so etwas wie ein Vertrauensschutz. Da konnte der Bürger darauf vertrauen, dass er die in seine – zumindest kurzfristige – Lebensplanung einbezogenen gesetzlichen Leistungsansprüche im Falle des Falles auch erhält. Nach der Regel: In eine Versicherung zahlt man ein, in der Hoffnung, im Leistungsfalle die zugesagte Leistung auch zu bekommen. Aber das ist lange her. Seit vielen Jahren schon ist das Versicherungsprinzip der gesetzlichen Rentenversicherung zu einem

Fürsorge-Prinzip verkommen, dessen Leistungen sich nach dem aktuellen Profitstreben der Wirtschaft orientieren. Nicht umsonst spricht deshalb Herr Gunkel im Zusammenhang mit der gesetzlich garantierten Versicherungsleistung „Hinterbliebenenrente“ von einer „Fürsorgeleistung“. Damit ist die Richtung des Kampfes vorgegeben: Der Umbau des Sozialstaats grundgesetzlicher Prägung in einen Fürsorgestaat des 19. Jahrhunderts. Es ist tragisch, dass dies niemand bemerkt. Die kommenden Generationen werden uns eines Tages verfluchen, dass wir dies alles heute zugelassen haben.

Statt Rücklagen in der Sozialversicherung aufzubauen, wurden auf Druck der Arbeitgeber bereits die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und nun auch die Beiträge zur Rentenversicherung gesenkt. Ein Aberwitz, wenn man bedenkt, dass die gleichen Lobbyisten davon faseln, die Finanzierung der Sozialsysteme sei in Gefahr. Das Gegenteil ist der Fall: Die Systeme werden erst durch die unablässigen unsozialen Forderungen und durch hilfsbereite Politiker in Gefahr gebracht! Eine winzige Gesetzesänderung hätte ausgereicht, um den Rentenbeitrag im Jahr 2012 in stabiler Höhe wie bisher zu halten. Dazu hätte man nur eine Zahl ändern müssen: Nämlich statt der Höchstrücklage von 1,5 Monatsausgaben eine neue Höchstrücklage von 2,5 Monatsausgaben festzuschreiben, nach deren

Erreichen erst eine Beitragssenkung erfolgen muss. Aber die Gier der Kapitalisten hat auch hier wieder gesiegt. Beitragssenkungen durchsetzen und Leistungstreichungen fordern: Selbst dem schlichtesten Gemüht dürfte nun klar werden, welche verantwortungslosen Hintermänner hinter solchem Vorgehen stehen müssen.

Aber die Lobbyarbeit der Kapitalisten trifft diese eines Tages selbst: Eine zunehmende und vor allem in den neuen Bundesländern katastrophale Altersarmut, bringt jegliche Binnennachfrage zum Erliegen. Wer soll die produzierten Waren noch kaufen, wenn außer den immer weniger werdenden gut Verdienenden niemand mehr Geld hat und seinen eigenen Lebensunterhalt nur noch mit Ach und Krach sichern kann? Eine demolierte Sozialversicherung führt zur kompletten Inakzeptanz unseres sozialen Sicherungssystems mit weitreichenden Folgen auf den sozialen Frieden; Folgen für diese Gesellschaft einschließlich der Wirtschaftsbosse, die noch nicht realisiert haben, dass sie mit ihrem Tun an dem Ast sitzen, auf dem sie sich so sicher fühlen.

Die erste Androhung einer Selbsttötung für den Fall, dass die Forderungen des BDA von den Helfershelfern in Berlin umgesetzt werden, ist mir bereits bekannt.

Wer stoppt diese Amokläufer?

## Hartz IV: Deutschland EU-Meister in Sachen Armut

Von (sb) aus [www.gegen-hartz.de](http://www.gegen-hartz.de)

Die europäische Statistikbehörde Eurostat hat in einer Datenerhebung die Bundesrepublik Deutschland stark kritisiert, da hierzulande Erwerbslose im EU-Vergleich am stärksten von akuter Armut betroffen sind. Während in den anderen EU-Ländern gerade einmal 45 Prozent der Arbeitslosen als armutsgefährdet gelten, errechneten die Statistiker bei Deutschland eine Quote von 70 Prozent. Die EU-Behörde bediente sich dabei verschiedener Daten aus dem Jahre 2010. Laut allgemein geltender

Definition sind Menschen von Armut gefährdet, wenn sie weniger als 60 Prozent der mittleren Einkommen des Herkunftslandes zur Verfügung haben.

Der Forscher und Experte der Hans-Böckler-Stiftung, Eric Seils, nahm die aktuelle EU-Studie zum Anlass und kritisierte die Bundesregierung, denn „Deutschland, ist Europameister, wenn es um Armut unter Arbeitslosen geht.“ Als Grund für das schnelle Absinken in Armut nannte Seils die Arbeitsmarktreform Hartz IV. Seit der Einführung hat sich die Bezugsdauer des Arbeitslo-

sengeldes Eins stark verkürzt. Zudem seien die Arbeitslosengeldleistungen, die eine Erwerbsloser in Deutschland bekommt, im Vergleich zu den europäischen Nachbarn sehr gering. Daher komme es, dass Deutschland als eines der reichsten Länder der Erde mitunter das größte Armutsgefälle hat.



Angesichts dieser Zahlen forderte der Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Ulrich Schneider, einen armutssicheren Mindestsatz des Arbeitslosengeldes. Schneider mahnte, dass die Datenauswertung gezeigt habe, dass die „arbeitsmarktpolitischen Entscheidungen seit 2003 grob fahrlässig sind“. (sb)

# Rauchvorhänge (4)

Von Klaus Buschendorf

Klimakatastrophe – wer hat den Nutzen solch „leicht übertriebener“ Darstellung von Naturvorgängen? Nichts in der Welt ist ohne Sinn!

Da möchte ich an ein Merkelzitat erinnern, das in der letzten Ausgabe unserer Zeitung im Titelartikel zu finden war: „... *Es ist Aufgabe der Politik, das Bedrohungsgefühl in der Bevölkerung zu stärken* ...“ Warum eigentlich? Heben wir uns die Frage auf. Gibt es noch mehr solcher „Ratschläge an Regierende“? „Divide et impera – Teile und Herrsche“ – ist uns aus der Schulzeit geläufig als Herrschaftsprinzip des alten Rom, „Brot und Spiele“ aus gleicher Quelle folgt automatisch nach. Wozu brauchte und braucht man solche „Handlungsanweisungen“? Ist nicht „das Wohl des Volkes“ Inbegriff der Regierungstätigkeit? Dann wären doch solche Gedanken überflüssig?

Sie sind offensichtlich nicht überflüssig, sonst würden sie noch heute nicht so oft im Mund geführt. Und schon das allein beweist: Wir werden betrogen bei jedem Schwur eines Ministers, „dem Wohl des Volkes“ zu dienen. Halten wir das zunächst fest. Doch darf uns diese Erkenntnis nicht genügen. Wozu soll ein „Bedrohungsgefühl in der Bevölkerung“ den Regierenden nützen? Weil eine Gruppe in Angst leichter dem folgt, der eine schnelle Lösung verspricht. Angst lähmt Nachdenken. Nachdenken ist dem Verführer schädlich. Also macht ein Katastrophenszenario für ihn Sinn. Und deshalb hören wir aus allen Medien, von welcher Vielfalt von Katastrophen wir heute umgeben sind. Verfolgen Sie aufmerksam die „freien Medien“, ist von der Apokalypse der Bibel über das Klima bis zum Kalender der Mayas nichts zu schade, um solche Katastrophensituation zu schaffen, Ziel: ein Volk in Angst!

Ein ganz neues Bedrohungspotenzial hat die Finanzkrise entwickelt. Ratingagenturen (in den USA!) stufen Staaten in Europa herab. Staaten aber, Demokratien ganz besonders, behaupten, dass sie im Volksinteresse handeln. Tun das Ratingagenturen? Sind sie eine Art Schiedsrichter, wie Politiker im Sinne ihres Volkes handeln? Was liest man im Umfeld solcher Einschätzungen von

Tripple-A bis Ramsch? Was wird eigentlich „bewertet“? Ob Anleger „Vertrauen“ in die Staaten haben können, wenn sie bei Staatsanleihen ihr Geld zurück haben wollen. Ja, dienen denn Staaten in erster Linie als Geldanlageinstitute für Leute, die viel Geld verleihen können? In den Augen der Ratingagenturen ist das wohl so. Und hat man Sorgen, dass das „angelegte Geld“ nicht mit großem

denn Bildung wäre dem Bedrohungsgefühl abträglich, würde Nachdenken befördern – alles kontraproduktiv, wenn ich Menschen verführen will. Was also setze ich „dem Volk“ vor an seinen langen freien Vormittagen, Nachmittagen ... Abenden? Den Alltag, den es gerne hätte, oder Heroen, die es von seiner Ungemach, seiner Langeweile befreien. Wo findet er beides? In ellenlangen Serien und „Actionfilmen“, ergänzt durch Krimis. Was sieht „das Volk“ dort? Die



**Bürger wehrt Euch  
gegen diese Politik!**

<http://www.artikel-eins.com/aktion.html>

Profit zurückgezahlt werden kann, wird „herabgestuft“! Und unsere Regierenden betrachten das als großes Unglück, nun müsse man sparen, habe ja „über seine Verhältnisse gelebt“, müsse das „Vertrauen der Finanzmärkte zurückgewinnen“ ...! Ja, sind denn Staaten für „Finanzmärkte“ zur Geldbeschaffung da oder doch für das Wohl ihrer Bevölkerung? Regierende und unsere ganze „freie, unabhängige Presse“ stellt diese Frage nicht, sondern schiebt das Unglück vor sich her, das die „Ratingagenturen“ erkannt haben und das man etwas tun müsse – damit die „Finanzmärkte wieder Vertrauen zu uns haben können“. Verkehrte Welt! Der Staat, die Demokratie, welche dafür zu sorgen hätte, dass Finanzmärkte im Interesse aller Bürger arbeiten, soll um deren Vertrauen buhlen? Nein, man nutzt deren Sorge um Profit zur Verstärkung des „Bedrohungspotenzials für die Bevölkerung“ – scheinheiliger geht es nimmer!

Doch es braucht Erholung, das in Angst gestürzte Volk, auch wenn die nur gering sein darf. „Brot und Spiele“ unserer Zeit sind eine Lebenssicherung auf Hartz-IV-Niveau (man verhungert nicht) und für die freie Zeit das Fernsehen – Verblödungsfernsehen sagen heute viele Autoren. Das macht auch Sinn,

Ausübung von Konkurrenz im härtesten Sinne, manchmal durch Intrigen „weich gespült“, meist durch Verrohungsszenen mit Vorführung von Mord und Totschlag garniert. „Besser“ musst Du sein – als der Andere, Dein Konkurrent, allein auf Dich kommt es an, auf niemand sonst. Doch dieses „besser“ hat mit „moralisch besser“ gar nichts zu tun, man trickst den Anderen „besser“ aus ... erschlägt ihn gekonnter als er selbst es könnte. Und „das Volk“ vor dem Fernseher erlebt eine rein feindlich gegen ihn gerichtete Umwelt, in der man nur leben kann mit gutem Gebrauch der Ellenbogen, Rücksicht, gar Mitleid ... rudimentäre Gefühle, die nichts bringen. Und auch das ist ein Bedrohungsszenario.

Allein soll sich der Mensch fühlen, hilflos ausgeliefert, ergeben sein Schicksal annehmen – denn er hat die Erfahrung gemacht, nicht Erster sein zu können. In einem jedem von uns steckt unbewusst die Erfahrung, dass es Gewinner ohne Verlierer nicht geben kann. Sitze ich notgedrungen den ganzen Tag vor dem „Verblödungsfernsehen“, gehöre ich nicht zu den Gewinnern und muss erdulden, was die „Gewinner“ mit mir anfangen – wenn sie mit mir etwas an-

(Fortsetzung auf Seite 10)

## Rauchvorhänge

(Fortsetzung von Seite 9)

fangen! So wird selbst eine Wahrheit für ihr Herrschaftsstreben ausgenutzt, nämlich: ein Mensch kann ohne den anderen nicht sein. Der Mensch ist ein soziales Wesen – kein Einzelgänger, kein einsamer Wolf! Er braucht Kooperation, um Mensch sein zu können. Doch darauf werden wir noch zurückkommen.

Wir haben unser Nachdenken mit dem Merkelzitat begonnen „...*Es ist Aufgabe der Politik, das Bedrohungsgefühl in der Bevölkerung zu stärken* ...“, fortgesetzt, dass „Brot“ bei uns durch Hartz IV vorhanden ist, „Spiele“ durch Verblödungsfernsehen und – natürlich

auch Fußball statt Gladiatoren – gegeben sind. Wo bleibt „Teile und Herrsche“? Es ist schon inbegriffen im modernen „Brot- und Spiele-Konzept“. Die Konkurrenz wird „dem Volk“ vorgelebt in den „Spielen“, auch in der Wirtschaft (man erinnere sich des Wortes im Machtkampf der Konzerne von der feindlichen Übernahme), nur die Konkurrenz habe den „Wohlstand“ des Volkes geschaffen, wird ihm suggeriert. Oft genug wiederholt, abgehalten vom eigenen Nachdenken, bleibt es schließlich in den Köpfen viel zu oft hängen.

Doch das genügt nicht. Das Prinzip Teile und Herrsche ist nicht nur versteckt in unserem „modernen Entertainment“. Es ist begriffen und erfahren worden von den Familien der ers-

ten Stunde des modernen Kapitalismus. Seither haben sie es verfeinert mit einer Klugheit, vor der man sich verneigen müsste – diene diese Klugheit besseren Zielen, als sie es heute tut. Das zu verstehen, will ich erinnern an die Herausbildung unseres Geldsystems, an die Fugger, Welser, Rothschilds und Habsburger, an den Stopp des Baus vom Kölner Dom, der jahrhundertlang Baustelle blieb, bis ein Hohenzollernkaiser ihn zur Demonstration seiner Herrschaftskraft benutzte und aus der Ruine eine Kathedrale schuf.

Seien Sie gespannt auf die nächste Folge. Und welche Leser meinen, das sei doch schon lange her und heute überholt – man versteht nicht das Heute ohne Kenntnis, wie es zum Heute kam! Das Schulbuchwissen reicht dazu nicht.

## Gedanken zum 15. 01. 2012

Von Andreas Krödel

Ist dies ein besonderer Tag? Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden 1919 an diesem Tag ermordet. Gut, Kommunistenmord ist nicht neu, und es sind inzwischen Tausende Menschen Opfer einer solchen Gewalt geworden. Die beiden Helden sind zu einem Symbol geworden, sie haben sich nicht gedrückt, sie sind aufrecht in den Tod gegangen, ohne ihre Ziele, ihren Kampf für die Arbeiterklasse zu leugnen im tiefen Wissen, dass es eine bessere Zukunft geben wird. Menschlich (human), sie entlarvten den Trug der SPD, sie gründeten die KPD, eine Partei für Menschen, die ja heute noch in der BRD verboten ist. Menschenwürde, Frieden,

Demokratie, Freiheit, das strebten sie an, bis heute ist das nicht in Erfüllung gegangen und in den sogenannten „Medien“ wird von der Demonstration tausender Menschen höchstens berichtet, wenn es zu Ausschreitungen kommt, wenn es Störenfriede (oft sogar eingeschleuste V-Männer des „Staatsschutzes“) wieder gelingt, Übergriffe der Polizei zu ermöglichen.

Naziaufmärsche sind besser geschützt als linke Gedenkfeiern und so zieht sich der braune Faden durch die Geschichte eben bis heute unverändert fort, „der Schoß ist fruchtbar noch“. Hören wir das Getöse um den Euro, die Missbräuche von Worten durch die Medien, sehen wir die praktischen Taten dieser

Scheingesellschaft, ihrer Justiz, Polizei, Behörden, Politiker nicht zu vergessen, dann lernt man schnell zu begreifen, warum Rosa und Karl sterben mussten und auch eben heute noch ermordet werden würden, sie haben die Wahrheit gesagt: Es ist das kapitalistische System, welches abgeschafft werden muss. Damit fallen Kriege, Gewalt (psychisch und physisch), aber auch Korruption, Amtsmissbrauch, ja dieser Unrechtsstaat an sich.

Allen, denen es die Gesundheit erlaubt, die sich auf den Weg zur Gedenkstätte der Sozialisten gemacht haben, einen friedlichen Verlauf und Millionen roter Nelken für die Kämpfer, für Menschenrechte. In Gedanken bin ich dabei!



### Leserbriefe, Artikel und Beiträge sind ausdrücklich erwünscht.

**Die Redaktion:** Chefredakteur: Ottokar Luhn (V. i. S. d. P.) Bendastraße 17, 99867 Gotha,  
Stellvertreter: Klaus Buschendorf (Erfurt)  
Mitglieder: Uwe Birkner (Dresden)

### online - Ausgabe

Die Zeitung und alle Artikel stehen unter

<http://www.artikel-eins.com>

zur Verfügung.



### Redaktionsarbeit und alle Beiträge ohne Honorar.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen sind ihr vorbehalten. \* Bei diesen Beiträgen möchte der Autor nicht genannt werden. Die Identität ist der Redaktion bekannt.

**Kontakt:** [redaktion@artikel-eins.com](mailto:redaktion@artikel-eins.com)  
**Druck:** Selbstdruck  
**Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:**  
12.02.2012